

Geschäftsführung:  
Fachbereich 4 Planen und Bauen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 18.05.2022**

**Freiherr-vom-Stein-Straße 9**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Karin Hertel	SPD	
Ratsfrau Ilona Bartocha Die Grünen	Bündnis 90 / Die Grünen	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Josef Filippek	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Torsten Lange
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	Vertreter für Ratsherrn Ralf Schwarzkopf
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertreter für Ratsfrau Susanne Mewes
Herr Eugen Cramer 90/Die Grünen	Bündnis 90/Die Grünen	
Herrn Philipp Kallweit	SPD	
Frau Eva Prinz	CDU	bis 21:00 Uhr
Herr Benjamin Pritschow	SPD	

#### **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

#### **Gäste:**

Ratsherr Claudius Bartsch ÖDP

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler  
Herr Martin Bärwolf  
Herr Andreas Beckmann  
Herr Christian Hayer  
Herr Holger Moeser  
Herr Christopher Rehnert  
Herr Dieter Rotter

Herr Karsten Koppmeier  
Frau Nina Niggemann-Schulte  
Herr Daniel Slotkowski

**Schriftführung:**

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL, MdL	CDU
Herr Mehmet Kaya	CDU
Herr Torsten Lange	DIE LINKE.

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Herr Martin Kornau	Fraktionslos

Beginn: 18:46 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

**Entfällt**

**2. Sachstandsberichte über die "Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45"**

---

**2.1. Auswirkungen auf die verkehrliche Situation und erste Beurteilungen und Bearbeitungsstände zu den eingegangenen Anregungen und Anträgen seitens der Bürgerschaft und der Politik**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Niggemann-Schulte und Herrn Hayer vom Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung und bittet zunächst Frau Niggemann-Schulte um Vortrag.

Frau Niggemann-Schulte erläutert die Situation anhand der ins **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation. Sie betont, dass die sog. Pfortneranlage im Bereich der Autobahnausfahrt Lüdenscheid-Nord weiterhin sonntags abgeschaltet bleibe. Die befürchteten Schleichverkehre insbesondere in Lüdenscheid-Dickenberg hätten bisher nicht beobachtet werden können, so dass gegen diese Regelung nichts einzuwenden sei. Im gesamten Verlauf der Umleitungsstrecke seien durch die Bedarfsumleitung ca. 60 % mehr Unfälle zu verzeichnen. Allerdings handele es sich hierbei i.d.R. um Blechschäden ohne Personenschäden. Die Umbaumaßnahme zur Entzerrung der Verkehrsströme im Bereich der Anschlussstelle Lüdenscheid werde noch diese Woche beginnen. Im Innenstadtbereich habe durch Einrichtung einiger Anliegerbereiche ein LKW-Verbot gut umgesetzt werden können. Der Brockhauser Weg in Gevelindorf sei neu als Anliegerbereich ausgewiesen worden. In der

Prüfung zur Ausweisung eines Anliegerbereichs seien derzeit im Stadtteil Vogelberg die Fuelbecker Straße sowie die LKW-Durchfahrt von der Kölner Straße über die Westfalenstraße. Die vorhandenen Online-Portale würden weiter intensiv gepflegt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas erläutert sie, dass versucht worden sei, mit Google Kontakt aufzunehmen. Hier lasse man sich jedoch nicht in sein Geschäftsmodell hineinreden, so dass Einwirkungsmöglichkeiten sowohl der Stadtverwaltung als auch der Autobahn GmbH sehr begrenzt seien. Dennoch erfolgten Nachsteuerungen, so gut sie gingen.

Sodann erläutert sie die weitere Perspektive gem. der eingestellten Präsentation. Die Möglichkeit des Einbaus von Lärmschutzfenstern sei bereits auf Bundesebene genehmigt. Ein weiterer aktuellerer Stand sei ihr jedoch nicht bekannt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Ersching führt Frau Niggemann-Schulte aus, dass zur Ermittlung der Messdaten der Luftverschmutzung ein bestimmtes Verfahren vorgeschrieben sei. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW) ermittle die Daten entsprechend. Inwieweit die Daten des Fernsenders Sat.1 ebenfalls die erforderlichen Vorgaben erfülle bzw. die Daten lediglich anders oder vielleicht auch schlechter ermittle, könne sie nicht beurteilen.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die Sitzung um 19:25 Uhr.

Eine Anwohnerin der Straße „Mittlerer Worthhagen“ führt aus, dass die wesentlich höhere Verkehrsbelastung der Lennestraße bereits seit einiger Zeit gesundheitliche Auswirkungen habe. Diese äußerten sich insbesondere in Kopfschmerzen, und man rieche und schmecke die massive Abgasbelastung. Eine Nutzung ihres ca. 1.000 qm großen Grundstücks sei nicht mehr möglich. Es müsse daher dringend umgehend eine Änderung her. Sie schlägt vor, die Geschwindigkeit auf der Lennestraße auf 30 km/h zu reduzieren und die Ampeln nachts auszuschalten.

Vorsitzender Holzrichter eröffnet die Sitzung erneut um 19:27 Uhr.

Herr Bärwolf antwortet, dass der vorhandene Unmut sehr verständlich sei. Leider könne die Stadt hier jedoch nur mittelbar helfen. Durch die bereits getroffenen Maßnahmen sei es erreicht worden, die Anzahl der LKW, die durch die Stadt fahren bereits auf circa die Hälfte zu reduzieren. Die Verwaltung habe zur Reduzierung des LKW-Verkehrs die Einrichtung des sog. „Brückenwächters“ vorgeschlagen. Nach derzeitigen Informationen sei dieses auch datenschutzrechtlich möglich. Das Bundesautobahnamt habe rechtliche Bedenken, so dass eine Einrichtung bisher habe noch nicht erfolgen können. Der Bürgermeister führe bereits intensive Gespräche, um deutlich zu machen, dass die Einrichtung das effektivste Mittel zur Entlastung der verkehrlichen Situation in der Stadt und damit der Anwohner der Umleitungsstrecke sei. Es könnte damit erreicht werden, dass lediglich Ziel- und Quellverkehre durch die Stadt führen. Allerdings müsse der Bund hier zunächst eine Rechtsgrundlage schaffen, bevor eine rechtssichere Einrichtung erfolgen könne. Die Anwohnerin könne sicher sein, dass seitens der Stadt Lüdenscheid alles getan werde, was möglich sei.

Auf die Frage nach einer Geschwindigkeitsreduzierung auf der Altenaer Straße und der Lennestraße sowie der nächtlichen Abschaltung der Ampelanlagen führt er aus, dass diese Straßen in der Zuständigkeit des Landesbetriebes Straßen.NRW lägen. Sie seien schon immer die ausgewiesene Bedarfsumleitungsstrecke bei Problemen auf der Bundesautobahn BAB 45. Somit führe sozusagen die Autobahn durch die Stadt. Die seitens des LANUV NRW im Bereich der Lennestraße durchgeführten Messungen seien noch nicht ausgewertet. Sobald diese Auswertungen vorlägen, würden entsprechende Regelungen vorgenommen. Die Verwaltung erwarte hier einen größeren Aufgabenkatalog.

Das Schließen von Raststätten liege ebenfalls in der Zuständigkeit des Bundesautobahnamtes. Eine Einflussnahme seitens der Stadt Lüdenscheid sei hier nicht möglich.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die Sitzung erneut um 19:44 Uhr.

Zwei Anwohner der Straße „Im Grund“ beschreiben, wie das Benehmen der Fahrzeugführer zu wünschen übriglasse. So würde beispielsweise ein Holzstapel oder Garagen als „öffentliches WC“ genutzt und Tüten mit Fäkalien hingen in den Bäumen. Sie regen an, dass die Stadt Lüdenscheid die Möglichkeit prüfe, den Anwohnern in den Bereichen der Umleitungsstrecke die Grundsteuer/Straßenreinigungsgebühren zu erlassen.

Vorsitzender Holzrichter eröffnet die Sitzung erneut um 19:47 Uhr.

Er schlägt vor, dass der Fachdienst Finanzen beauftragt werde zu prüfen, ob und wenn ja wie eine Entlastung der Anwohner der Umleitungsstrecke der gesperrten Autobahn bezüglich Grundsteuer und Straßenreinigung möglich sei.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem einstimmig zu.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die Sitzung erneut um 19:50 Uhr.

Ein Bewohner fragt, es ob im Rahmen der Einrichtung des sog. „Brückenwächters“ möglich sei, die Umleitungsstrecken rollierend freizugeben, um die Belastung der Anwohner durch „freie Zeiten“ etwas zu reduzieren? Grundsätzlich halte er die Einrichtung des Brückenwächters als effektivste Maßnahme für dringend notwendig. Er fragt weiter, wo denn die Entscheidung von Land und Bund heute seien?

Vorsitzender Holzrichter eröffnet die Sitzung erneut um 19:52 Uhr und bittet Herrn Hayer um Antwort.

Herr Hayer führt gemäß der ins **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation zum öffentlichen Personennahverkehr aus, dass hier eine Verbesserung mittel- bis langfristig zu erreichen sei. Erste Gespräche mit den Beteiligten seien bereits geführt worden.

Herr Hayer führt weiter aus, dass die Hauptbelastung durch den Durchgangsverkehr im Schwerlastverkehr zu sehen ist. Eine Verteilung dieses Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes sei nicht möglich. Die Lösung der Problematik ist ausschließlich darin zu sehen, den Durchgangsverkehr erst gar nicht in die Stadt hineinzulassen. Entsprechende Umleitungsschilder seien bereits am Westhofener Kreuz und auch im Bereich des Kreuzes Olpe angebracht. Hierdurch sei es zu einer Reduzierung des Schwerlastverkehrs gekommen. Um eine nennenswerte Entlastung zu erreichen, müsse s.E. jedoch ein Durchfahrtsverbot für Lkw ohne regionalen Bezug umgesetzt werden. Die Einrichtung des sog. „Brückenwächters“ sei hier nach wie vor die Forderung der Stadt Lüdenscheid.

Ratsherr Dudas ergänzt, dass eine Verteilung des Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes lediglich eine Verschiebung der Belastung bedeute. Auch durch eine evtl. Ertüchtigung der B 54 werde s.E. das Verkehrsaufkommen nicht verringern. Eine Ertüchtigung werde eher dazu führen, dass mehr Verkehr diese Strecke nutzen werde. Eine Reduzierung der Verkehre werde nur erreicht werden können, wenn die Umleitungen bereits ab Westhofener Kreuz bzw. Kreuz Olpe erfolgten. S.E. könne darüber hinaus juristische Klarheit zur Festlegung eines Durchfahrts- bzw. Nachtfahrverbotes für den Schwerlastverkehr nur erreicht werden, wenn eine Spedition den Klageweg beschreite und ein Gericht hierüber urteile.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Weiß merkt an, dass ggf. eine Teilnahme der Entscheidungsträger an der Sondersitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 10.06.2022, die sich ausschließlich mit der Thematik der Sperrung der Rahmedetalbrücke und deren Auswirkungen befasse, erfolgen könnte. Hier könne sicher die Verwaltung mitteilen, wer seine Teilnahme zugesagt habe.

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer erneut um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass der Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung zusammen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW die Signalsteuerungen entlang der Umleitungsstrecke überplant und an die veränderten Verkehrsbelastungen angepasst habe. Um ggf. vorhandene Optimierungsmöglichkeiten weiter zu ermitteln, solle ein externes Ingenieurbüro beauftragt werden. Angebote hierzu liegen lägen bereits vor. Die Verwaltung werde nun Gespräche mit den Vertretern von Land und Bund führen, um die Finanzierung sicherstellen zu können.

Herr Bärwolf ergänzt, dass Land und Bund mehrfach versichert hätten, dass es am Geld nicht scheitern solle. Daher gehe er davon aus, dass eine entsprechende Unterstützung erfolge. Auf jeden Fall werde die Arbeit der Ingenieurbüros unter Aufsicht der Stadt Lüdenscheid erfolgen.

Frau Niggemann-Schulte gibt abschließend noch die bereits angekündigten Baumaßnahmen seitens des Landesbetriebes Straßen.NRW und der Autobahn GmbH bekannt, die Auswirkungen auf die Umleitungsstrecke haben werden (s. Seite 25 der Präsentation). Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas führt sie aus, dass insbesondere die Umleitungsstrecke aufgrund der Autobahnspernung zur Begutachtung der Brunsbecketalbrücke der BAB 45 sowohl mit allen betroffenen Kommunen als auch mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW abgestimmt sei. Da diese Maßnahme bereits einmal verschoben worden sei, sehe sie wenig Möglichkeiten für eine weitere Verschiebung.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die öffentliche Sitzung um 20:31 Uhr, um eine Beratung der Fraktionen für einen gemeinsamen Antrag zu ermöglichen.

Er eröffnet die öffentliche Sitzung erneut um 20:44 Uhr und erteilt Ratsherrn Dudas das Wort.

Ratsherr Dudas trägt den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vor:

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die zuständigen Behörden bezüglich der ab 20.05.2022 vorgesehenen Brückenmaßnahme "Brunsbecke" der BAB 45 um die umgehende Umsetzung folgender Beschlüsse zu bitten:

1. Weiträumige Umleitung des überregionalen Schwerlastverkehrs ab Westhofener Kreuz über die A 1, A 3, A 4 und ab dem Kreuz Olpe in umgekehrter Richtung über die A 4, A 3, A 1.
2. Sperrung des Autobahnabschnittes zwischen Westhofener Kreuz und Kreuz Olpe für den überregionalen Schwerlastverkehr, ausgenommen den Ziel- und Quellverkehr für die Region.
3. Verschiebung der Brückenmaßnahme „Brunsbecke“ bis z.B. Fronleichnam zur Vorbereitung der Umleitungsstrecken.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

#### **2.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.05.2022 zum Sachstandsbericht über die „Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45“**

---

Vorsitzender Holzrichter fragt Ratsherrn Filippek, ob die schriftliche Anfrage beantwortet sei.

Ratsherr Filippek bedankt sich für die weitestgehende Beantwortung bei Frau Niggemann-Schulte und Herrn Hayer. Rückfragen habe er derzeit nicht.

#### **2.2. Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet des Brandschutzes und des Rettungsdienstes auf Grund der verkehrlichen Veränderungen vor dem Hintergrund der Sperrung der Rahmedetalbrücke Vorlage: 101/2022**

---

Da seitens der Ausschussmitglieder weder Fragen bestünden noch Vortrag der Verwaltung gewünscht sei, lässt Vorsitzender Holzrichter über die Vorlage abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der nachfolgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**3. Maßnahmen zur kontinuierlichen Sicherstellung der zukünftigen Ausbildungsbedarfe auf Basis des Organisationsgutachtens 2019 sowie des Brandschutzbedarfsplanes 2021  
Vorlage: 100/2022**

---

Erster stellvertretender Bürgermeister Weiß schlägt eine Abstimmung nach Vorlage vor.

Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Rat der Stadt Lüdenscheid ohne Diskussion einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Den vorgestellten Maßnahmen zur kontinuierlichen Sicherstellung der zukünftigen Ausbildungsbedarfe auf Basis des Organisationsgutachtens 2019 sowie des Brandschutzbedarfsplanes 2021 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Maßnahmen zur Abstimmung einer öffentlich-rechtliche Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten Iserlohn und Lüdenscheid zur gemeinsamen Ausbildung für Brandmeisteranwärter/innen sowie Brandoberinspektoranwärter/innen sind weiter fortzuführen. Diese soll nach Möglichkeit für die Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 20.06.2022 zum Beschluss vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**4. Ersatzbeschaffung eines Notarzteinsatzfahrzeugs  
Vorlage: 089/2022**

---

Erster stellvertretender Bürgermeister Weiß schlägt eine Abstimmung nach Vorlage vor.

Die Ausschussmitglieder fassen ohne weitere Diskussion einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Veröffentlichung innerhalb eines Öffentlichen Vergabeverfahrens für die Ersatzbeschaffung eines neuen Notarzteinsatzfahrzeuges für die Feuer- und Rettungswache der Stadt Lüdenscheid wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

#### **5. Zustimmung zur Durchführung eines Vergabeverfahrens mit einem Auftragswert über 100.000 €, Ersatzbeschaffung eines Rüstwagens Vorlage: 087/2022**

---

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Veröffentlichung innerhalb eines europaweiten Vergabeverfahrens für die Ersatzbeschaffung eines neuen Rüstwagens ohne feuerwehrtechnische Beladung für die Feuer- und Rettungswache der Stadt Lüdenscheid wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

#### **6. Einvernehmen zur Ausweitung der Rettungsmittelvorhaltung durch eine unterjährige Änderung des Rettungsdienstbedarfsplanes Vorlage: 119/2022**

---

Erster Beigeordneter Kessler erläutert, dass die vorliegende Änderung gemeinschaftlich zwischen den Krankenkassen, dem Märkischen Kreis und der Stadt Lüdenscheid erarbeitet worden sei. Die gesperrte Rahmedetalbrücke habe sich beschleunigend auf die Einigung aller Beteiligten ausgewirkt.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

1. Zur Ausweitung der Rettungsmittelvorhaltung für einen Rettungswagen für den Zeitraum Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr wird das Einvernehmen erklärt.



- Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden technischen Voraussetzungen für die erforderliche Rettungswache Nord zu schaffen sowie die personellen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

- Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung eines Ausbau- und Abrechnungsabschnittes sowie über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Im Wiesental" (von Heedfelder Landstraße und Freisenbergstraße bis Kreuzungsbereich Römerweg)  
Vorlage: 077/2022**
- 

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass eine Beratung und Beschlussfassung über diese Vorlage entfalle, da sie seitens der Verwaltung zurückgezogen worden sei.

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 30.03.2022 zum Thema "Sachstand Radverkehrskonzept"**
- 

Der Tagesordnungspunkt wurde gemäß des schriftlichen Antrages der Fraktion Die Linke in die Tagesordnung aufgenommen.

Der vorab zur Verfügung gestellte schriftliche Sachstandsbericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der Entwicklung des Radverkehrskonzeptes wird ohne Rückfragen anerkannt.

- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2022 zum Thema "Prüfung der Sinnhaftigkeit der Schaltung von Lichtsignalanlagen bei Nacht"**
- 

Herr Hayer führt aus, dass die Schaltung von Lichtsignalanlagen bei Nacht in Fachkreisen bereits umfänglich diskutierte wurde. Es seien hierzu mehrere Untersuchungen durchgeführt worden, deren Fazit die erhöhte Gefahr von erheblichen Unfällen bei Abschaltung der Lichtsignalanlagen bei Nacht sei. Daher seien Lichtsignalanlagen nachts grundsätzlich zu betreiben. Lediglich in Ausnahmefällen wie z.B. im Bereich von Werkszufahrten, die nachts nicht genutzt werden, sei eine nächtliche Abschaltung möglich. Für die meisten in Lüdenscheid betriebenen Anlagen sei bereits heute in der Zeit von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr die Hauptrichtungen in der Grundstellung dauerhaft auf grün gestellt. In der Lennestraße sei diese Schaltung aufgrund der Bedarfsumleitung der Autobahn vorübergehend abgestellt worden, um die Koordinierung der Anlagen untereinander zu gewährleisten.

Ohne weitere Diskussion beauftragen die Ausschussmitglieder einstimmig die Verwaltung,

gem. dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2022 damit, dass langfristig alle Signalanlagen in Lüdenscheid nachts auf Haupttrichtung grün umgestellt werden, wenn dies signaltechnisch möglich und sinnvoll sei. Über die ersten Ergebnisse berichte die Verwaltung im Bau- und Verkehrsausschuss am 17. August 2022.

## **10. Fußweg zwischen Gevelndorf und Freisenberg** **Vorlage: 091/2022**

---

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Einstimmig empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

### **Beschluss:**

Die ermittelten Baukosten für eine direkte Fußwegeverbindung zwischen den Stadtteilen Freisenberg und Gevelndorf sowie die besondere topografische Situation, die einen angemessenen barrierefreien Ausbau und damit die Förderfähigkeit nicht ermöglichen, werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Höhe der Baukosten und aufgrund der durch die erforderlichen Treppenanlagen eingeschränkten Nutzbarkeit wird die weitere Umsetzung dieser Fußwegeverbindung nicht empfohlen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

## **11. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

### **11.1. Sachstandsbericht zu den Großraum- und Schwertransporten**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Rotter um Vortrag.

Herr Rotter führt aus, dass mit der am 01.07.2021 eingeführten Sondernutzungssatzung erstmalig Gebühren für Groß- und Schwertransporte auf Straßen im Lüdenscheider Stadtgebiet fällig würden. Hierbei handele es sich - neben der Stadt Ludwigshafen - um eine bundesweit einmalige Gebührenregelung. Seit heute erhebe auch die Stadt München, die sich bei der Stadt Lüdenscheid über das Verfahren informiert hat, als dritte Stadt Deutschlands eine derartige Gebühr. Im Jahr 2021 seien bei insgesamt rund 3.000 Durchfahrgenehmigungen allein im zweiten Halbjahr tatsächliche Einnahmen in Höhe von ca. 95.000,00 € erzielt worden. Seit Jahresbeginn 2022 sei die Anzahl der Anträge gesunken, so dass die gewünschte Wirkung mit einer Reduzierung des Schwerlastverkehrs scheinbar erreicht werde. In den Monaten Januar bis April sind dennoch bereits 50.000,00 € Sondernutzungsgebühren

in Rechnung gestellt worden. Dieser Erfolg sei Herrn Miß zu verdanken, der zwischenzeitlich Gespräche mit der Stadt Hagen aufgenommen habe, die sich der Vorgehensweise der Stadt Lüdenscheid voraussichtlich ebenfalls anschließen werden.

## **11.2. Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Tiefgarage des Kulturhauses**

---

Herr Rotter führt aus, dass seitens der Verwaltung überlegt worden sei, wie die Sicherheit insbesondere in der Tiefgarage des Kulturhauses verbessert werden könnte. Damit einhergehend solle verhindert werden, dass weitere Vandalismusschäden verzeichnet werden müssten. Die einfachste Möglichkeit sei es, den Wachdienst zu reaktivieren. Dieses würde jedoch jährliche Kosten von ca. 50.000,00 € bis 60.000,00 € verursachen. Die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH hätten sich bereits nach weiteren Möglichkeiten erkundigt, wie die Nachbarstädte mit dem Problem mangelnder Sicherheit und vorhandener Vandalismusschäden umgingen. Daraufhin habe die LSM Angebote zum Einbau eines Chip-Systems und/oder eines Rollltores angefordert. Ergebnisse hierzu stünden noch aus. Er sagt zu, erneut zu berichten, sobald genauere Aussagen vorliegen und Entscheidungen getroffen werden könnten.

## **11.3. Sachstandsbericht über die Baumaßnahmen in der Wilhelmstraße**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Koppmeier um Vortrag.

Herr Koppmeier erläutert anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation die Baumaßnahmen in der Altstadt und der Wilhelmstraße inklusive vorgesehener Bauzeiten. Er merkt an, dass die Fertigstellung des Burgspielplatzes zunächst habe verschoben werden müssen, da es Schwierigkeiten mit der Materiallieferung gegeben habe. Es sei nun vorgesehen, diesen im Anschluss an die Fertigstellung der Baumaßnahme in der Wilhelmstraße von „Juwelier Hohage“ bis „Alter Markt“ ca. Ende Juli fertigzustellen. Voraussetzung hierfür sei, dass das fehlende Material bis dahin geliefert sei. Anfang September solle dann die Baumaßnahme auf dem Graf-Engelbert-Platz beginnen, die voraussichtlich im Oktober fertiggestellt werden könne. Abschließend betont er, dass auch die Mehrkosten durch Verschnitt in der Pflasterung über das Gesamtbudget gedeckt seien.

Auf Nachfrage von Erstem stellvertretenden Bürgermeister Weiß teilt Herr Koppmeier mit, dass der Platz vor „Strodel und Jaeger“ erst nachträglich in die Baumaßnahme aufgenommen worden sei, aber im zweiten Bauabschnitt abgewickelt werde.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

## **12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **12.1. Bekanntgaben**

---

### **12.1.1. Brücke "Am Kamp"; hier: Vorstellung des geplanten Neubaus**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Slotkowski vom Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) und bittet um Vortrag.

Herr Slotkowski führt aus, dass er seit ca. einem Jahr beim STL für die Brücken und ähnliche Bauwerke im Stadtgebiet Lüdenscheids zuständig sei und stellt sich kurz persönlich vor.

Anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation stellt er die geplante Neubaumaßnahme der Brücke „Am Kamp“ vor. Insbesondere zur Erstellung eines geeigneten Hochwasserschutzes lohne dieser Neubau. Es werde eine Kostenteilung zwischen dem Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid-Herscheid (SEL-H) und dem STL geben. Er führt aus, dass die Planung bereits seit 1965 stehe und ein Neubau schon im Jahr 1966 im entsprechenden Fachausschuss vorgestellt worden sei. Er betont, dass die Planungen einen Neubau in ausgebauter Straßenbreite vorsähen.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter teilt Herr Slotkowski mit, dass das Ausschreibungsverfahren jetzt eingeleitet werde und eine Umsetzung im Jahr 2023 vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Dudas ergänzt er, dass die Lebensdauer des Neubaus nicht nur für 50 Jahre geplant sei. Für den Neubau sei jedoch eine Vollsperrung unabdingbar und die erforderlichen Ausweichstrecken und eine Behelfsbrücke würde bereits jetzt geplant.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen und wünscht Herrn Slotkowski bei der Umsetzung des Bauvorhabens gutes Gelingen.

### **12.1.2. Verschiebung von Fördermaßnahmen für den Ausbau eines barrierefreien ÖPNV aufgrund der Sperrung der BAB 45**

---

Herr Hayer führt aus, dass die Sperrung der BAB 45 auch Auswirkungen auf den Ausbau eines barrierefreien ÖPNV habe. So sei derzeit die Betreuung der Ausbauplanungen für die Haltestellen „Im Eichholz“ und am „Worthrondell“ trotz der bereits erfolgten Förderzusage in Höhe von 260.000,00 € aus personellen Gründen nicht möglich. Die Verwaltung verschiebe die Planung zunächst in das Jahr 2023, die erneute Stellung eines Fördermittelantrages nach 2024 und die anschließende Umsetzung in das Jahr 2025. Da nicht sicher sei, ob die Maßnahme zu diesem späteren Zeitpunkt eine Förderung erhalten werde, werde durch die Verschiebung der Wegfall der Fördermittel riskiert.

### **12.1.3. Fahrbahndeckensanierung durch den Landesbetrieb Straßen.NRW in der Heedfelder Landstraße**

---

Herr Hayer führt aus, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW dringend eine Fahrbahndeckensanierung in der Heedfelder Landstraße durchführen müsse, obwohl dort auch die Umleitungsstrecke für die gesperrte BAB 45 sei. Die breiteren Fahrbahnen würden dazu genutzt, einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen. Für die Einrichtung eines gemeinsamen Fuß- und Radwegs fehle nach Auskunft des Landesbetriebs Straßenbau NRW leider der Platz.

#### **12.1.4. Umsetzung der Ertüchtigung des Fußgängerüberweges in der Paulmannshöher Straße**

---

Herr Hayer erinnert, dass bereits im Jahr 2021 seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Anfrage bezüglich der Sanierung und Herstellung der Barrierefreiheit des Fußgängerüberweges in der Paulmannshöher Straße gestellt worden sei. Die Barrierefreiheit habe zwischenzeitlich hergestellt werden können. Die Fahrbahndeckensanierung mit entsprechend neuen Markierungen solle im Nachgang noch in 2022 durch STL fertiggestellt werden.

#### **12.1.5. Sachstand "Neubau Musikschule"**

---

Herr Beckmann führt aus, dass es im April 2022 einen Wasserschaden durch einen defekten Anschluss eines Dacheinlaufes im Neubau der Musikschule gegeben habe. Die Bautrocknung habe jetzt abgeschlossen werden können. Nach entsprechender Prüfung handele es sich um einen Versicherungsschaden, dessen Sanierung nun erfolge. Der vorgesehene Umzugstermin der Musikschule sei dadurch nicht gefährdet.

#### **12.1.6. Ergebnis der Ausschreibung "Generalplaner Feuer- und Rettungswache"**

---

Herr Beckmann führt aus, dass das Ausschreibungsverfahren für die Generalplanerleistungen für den Neubau der Feuer- und Rettungswache abgeschlossen werden konnten. Nach finaler Angebotsprüfung hätten drei Bieter form- und fristgerecht ihre Angebote eingereicht. Gemäß der erstellten Bewertungsmatrix liege das günstigste Angebot mit 5,24 Mio. € unter der Kostenschätzung. Der Auftrag sei vergeben und das Büro habe bereits die Planungstätigkeit aufgenommen.

#### **12.1.7. Klarstellung der Berichterstattung in der örtlichen Presse zum Bauvorhaben "Biergarten an der Parkpalette Turmstraße"**

---

Herr Bärwolf stellt zur Berichterstattung in der örtlichen Presse klar, dass seitens der Verwaltung kein Bauvorhaben, insbesondere keins in der Innenstadt, an fehlenden Stellplätzen abgelehnt werde. Zum Bauvorhaben des „Biergartens an der Parkpalette Turmstraße“ habe es bisher weder eine Anfrage noch einen Antrag seitens des Betreibers gegeben. Daher habe die Verwaltung die in der Presse benannten Aussagen auch nicht getätigt.

### **12.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **12.2.1. Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema "Radfahrstreifen/Radschutzstreifen Brunscheider Straße"**

---

Zweiter stellvertretender Bürgermeister Franke führt aus, dass nach Ablehnung durch den Landesbetrieb Straßen.NRW mit einer Einrichtung des Radschutzstreifens nicht vor fünf Jah-

ren zu rechnen sei. Er fragt, ob die Verwaltung nicht die Möglichkeit sehe, den Radfahrstreifen von Fa. Kostal bis zum Kreisel Rosmart bereits nach Fertigstellung der Entwässerungsanlagen zu errichten.

Die Ausschussmitglieder beauftragen die Verwaltung einstimmig, ein weiteres Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW zu führen. Über das Ergebnis des Gesprächs mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW zur früheren Errichtung des Radfahrstreifens in Verbindung mit der Errichtung der Entwässerungsanlagen bzw. umgehend nach deren Fertigstellung solle in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 17.08.2022 berichtet werden.

---

#### **12.2.2. Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema "Verkehrszeichen in der Freisenbergstraße"**

---

Die SPD-Fraktion bedankt sich für die bereits vorab schriftlich zur Verfügung gestellte und ins **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellte Beantwortung. Rückfragen bestehen nicht.

---

#### **12.2.3. Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Aufbau von Fahrradstellplätzen in der Knapper Straße“**

---

Die SPD-Fraktion bedankt sich für die bereits vorab schriftlich zur Verfügung gestellte und ins **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellte Beantwortung. Rückfragen bestehen nicht.

---

### **12.3. Anfragen**

---

---

#### **12.3.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.05.2022 zum Thema "Schäden von Anwohner\*innen an der Umleitungsstrecke Lennestraße, Altenaer Straße und Im Grund"**

---

Die nachgereichte rechtliche Stellungnahme zur Anfrage der Fraktion Die Linke wird zur Kenntnis genommen.

---

#### **12.3.2. Anfrage des Herrn Kallweit zum aktuellen Sachstand der Aufstellung der Fahrradservicestationen**

---

Herr Kallweit fragt nach dem aktuellen Sachstand der Aufstellung der Fahrradservicestationen.

Frau Niggemann-Schulte führt aus, dass der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) die entsprechende Ausschreibung in der nächsten Woche veröffentlichen werde. Dann müssten zunächst die Angebote abgewartet werden. Eine Beauftragung und Aufstellung der Stationen sollte nach Prüfung und Auswertung der Angebote zügig erfolgen können.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführe/in